

ÖBU-Preisverleihung für den besten Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht 2005

Zürich, 23. Februar 2005

Rede von Jean-Daniel Gerber, Staatssekretariat für Wirtschaft

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, zum Schluss dieser gelungenen Veranstaltung zu Ihnen sprechen zu dürfen. Allen, die dazu beigetragen haben, dass die ÖBU-Preisverleihung nun bereits zum vierten Mal und mit wachsendem Interesse durchgeführt werden kann, gebührt meine aufrichtige Anerkennung.

Frau Heimberg stellt mich jedoch vor eine knifflige Aufgabe: Um Ihnen meine Sicht zum Thema Wachstum und Entwicklung zu erläutern, genügen entweder wenige Sätze oder ich muss zu einem Grundsatzreferat ausholen. Natürlich werde ich mich hier kurz fassen: Entwicklung ist nur durch Wachstum – sprich ein durch die Privatinitiative getragenes Wirtschaftswachstum – zu haben. Es gibt kein Land, das wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit ohne Wachstum erzielt. Wo die Wirtschaft in geordneten Bahnen wächst, gewinnen Frieden und politische Stabilität an Boden. Arbeitsplätze werden geschaffen und Einkommen generiert. Ohne Wachstum sind hingegen – auch in reichen Ländern wie der Schweiz – harte Verteilungskämpfe vorprogrammiert.

Wachstum ist somit eine absolut zentrale, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für Entwicklung. Es braucht einen funktionierenden und leistungsfähigen Staat, der die Spielregeln vorgibt und sie durchsetzt. Gefordert sind aber auch die privaten Akteure: Eine liberale Wirtschaftsordnung kann nur über ein Gleichgewicht zwischen unternehmerischer Freiheit und Verantwortung funktionieren. Stellvertretend für eine wachsende Zahl von Unternehmen haben die am Wettbewerb beteiligten Firmen erkannt, dass das reine Profitstreben durch soziale und ökologische Leistungen ergänzt werden muss, um nachhaltig zu sein. Wie bei anderen „magischen Dreiecken“ ist dabei die richtige Balance zwischen Wachstum, Umweltschonung und sozialem Ausgleich ein Lern- und Suchprozess. Es geht darum, Verbesserungen bei allen Dimensionen zu erzielen, ohne die Wirkung auf die Zielerreichung bei den jeweils anderen Nachhaltigkeitsaspekten aus dem Auge zu verlieren.

Tatsache ist auch, dass sich dieses Gleichgewicht nur selten von alleine einstellt. Dazu sind Anreize notwendig. Glücklicherweise ist es in zunehmenden Masse der Markt, der die notwendigen Signale sendet. So ist es kein Zufall, dass es die Ö.B.U. gibt und sich immer mehr Unternehmen quer durch alle Branchen an der Nachhaltigkeit orientieren: Sie alle spüren nämlich den zunehmenden Druck der Konsumenten, die umweltfreundlich und sozialverträglich produzierte Produkte nachfragen – und das ist gut so!

Braucht es denn da *zusätzliche Anreize durch den Staat*? In gewissen Fällen ja – wobei zwischen der Geschäftstätigkeit in der Schweiz und in weniger entwickelten Staaten unterschieden werden muss. In unserem Land liegt das gesetzliche Anforderungsniveau bereits sehr hoch. Zusätzliche Anreize müssen sehr gezielt eingesetzt werden. Auf der globalen Ebene geht es dagegen darum, Mindeststandards zu fördern.

International hat sich bereits ein beachtlicher Konsens zu grundlegenden Verhaltensregeln im globalen Wirtschaftsverkehr gebildet. Eine Priorität des seco ist es, diesen Prozess weiter zu unterstützen, namentlich in Bezug auf die OECD-Leitsätze für international tätige Unternehmen. Sie enthalten keine rechtlich bindenden Verpflichtungen; nationale Kontaktpunkte haben aber in jedem OECD-Land dafür zu sorgen, dass die Leitsätze verbreitet werden und sie sind um Schlichtung bemüht, falls ein Verstoss gegen den Kodex geltend gemacht wird. In der Schweiz ist dieser Kontaktpunkt beim seco angesiedelt und in den letzten Jahre mehrmals vermittelnd tätig geworden.

Zugleich setzt das seco auf weitere Fördermassnahmen, speziell im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit. Beispiele hierfür sind Programme zur Verbesserung der Ökoeffizienz von KMU und die Gewährleistung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz; die Unterstützung des Handels mit Fair-Trade und mit Biodiversitätsprodukten oder die Förderung von Investitionen in umweltfreundliche Produktionstechnologien über sogenannte „Grüne Kredite“.

In bestimmten Fällen genügt es hingegen nicht, zu *fördern*, sondern der Staat muss gelegentlich auch *fordern*. Im *Klimaschutz* spielt die Wirtschaft eine zentrale Rolle. Im Bereich der Brennstoffe hat sie einen vorbildlichen Einsatz geleistet. Die Emissionen sanken beträchtlich – trotzdem bleibt gemäss CO₂-Gesetz eine Ziellücke bestehen. Im Verkehrsbereich verzeichnen die Treibstoffemissionen gegenüber 1990 sogar einen hohen Anstieg, anstelle dem im CO₂-Gesetz gesteckten Reduktionsziel von 8%.

Das Kyoto-Protokoll ist heute vor einer Woche, am 16. Februar, in Kraft getreten. Die EU geht bereits über die Kyoto-Ziele hinaus und denkt laut über eine weitere Minderung ihrer Treibhausgasemissionen um 40% bis 2020 nach. Die Schweiz darf sich nichts vormachen und wird noch grosse Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Reduktionsverpflichtungen gemäss Kyoto-Protokoll einzuhalten. Deshalb müssen in der Schweiz mit verursachergerechten Preisen langfristige Anreize für Massnahmen zur Reduktion der Emissionen im Inland gesetzt werden. Der Bund prüft gegenwärtig, wie das CO₂-Gesetz am effektivsten umgesetzt werden soll. Erste Vorentscheide hat der Bundesrat für März/April in Aussicht gestellt.

Meine Damen und Herren

In jüngster Zeit widerfährt dem privatwirtschaftlichen Engagement zugunsten von Nachhaltigkeit und *corporate responsibility* auch Kritik. Nicht nur seien Unternehmen keine karitativen Einrichtungen, heisst es, immer neue Verhaltensregeln in den Bereichen Gesellschaft, Umwelt und Ethik drohten auch die Unternehmen von ihrer primären Aufgabe, konkurrenzfähige Produkte anzubieten, abzubringen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Vieles unter dem Titel *sustainability* auch Modeströmung ist und Zielkonflikte bestehen können. Gleichzeitig wissen Sie am besten, dass nachhaltig operierende Unternehmen heute erfolgreich am Markt bestehen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist sicher, dass die gesellschaftlichen Erwartungen eben auch *Eckwerte* wirtschaftlichen Handelns bilden und berücksichtigt werden müssen. Dazu gehören speziell Rechenschaft und Transparenz, wie sie durch eine Nachhaltigkeits-Berichterstattung und über andere Massnahmen geschaffen werden können. Der Economist möge mir deshalb verzeihen, wenn ich mit den Worten schliesse: „The proper business of business is *sustainable and responsible* business“.